

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [US-Vizepräsident Pence auf Besuch bei den EU-Institutionen und der NATO](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [„Foreign Fighters“ sollen an der EU-Außengrenze gestoppt werden](#) 3
- [Vorlagen zur Zukunft der EU](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Beratungen über Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit](#) 4
- [Finanzminister geben grünes Licht für Regeln gegen Steuerumgehung](#) 4

Europäische Kommission

- [Diskussion über „Zukunft der Regionalpolitik“ mit Kommissarin Cretu](#) 5
- [Rede von Kommissionspräsident Juncker beim European Dinner der Münchner Sicherheitskonferenz](#) 5/6

Sonstiges

- [Mehrheit der jungen ÖsterreicherInnen fühlt sich als Europäer](#) 6
- [Neue Zweifel an der deutschen Pkw-Maut](#) 7

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 8

- [Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 9
- [Tagesordnungen der Institutionen](#) 9
- [Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 10

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

US-Vizepräsident Pence auf Besuch bei den EU-Institutionen und der NATO

Als erstes Mitglied der neuen amerikanischen Regierung traf Vizepräsident Mike Pence am Montag mit Repräsentanten der EU-Institutionen und der NATO zusammen.



Pence bekräftigte bei dem Treffen die Zusammenarbeit der USA mit Europa. „Es ist mir eine Ehre, heute im Auftrag von Präsident Trump zu erklären, dass die Vereinigten Staaten sich der weiteren Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der EU verpflichtet fühlen“. Dabei eine die USA und Europa „das Eintreten für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“. Ratspräsident Tusk verspricht sich durch den Besuch, welchen es angesichts irritierender Aussagen zu den transatlantischen Beziehungen in den zurückliegenden Monaten „wirklich gebraucht“ habe, die „rückhaltlose und eindeutige Unterstützung“ der Administration Trumps. Pence stattete auch dem NATO-Hauptquartier und Generalsekretär Jens Stoltenberg einen Besuch ab. Dort sagte Pence, dass die Welt die "Stärke und die Führungskraft der NATO heute mehr denn je"

brauche. Man werde die russischen Bestrebungen "die Landkarte mit Gewalt zu verändern" nicht dulden, so Pence. Man werde auf Moskau einwirken, auch in der Ukraine-Frage. Stoltenberg sprach von einer "unverbrüchlichen Freundschaft" zu den USA und räumte mit Blick auf die ungleiche militärische Ausgabenpolitik der Organisation ein, "die Europäer können nichts von den USA verlangen, wenn sie nicht selbst mehr zahlen".

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

„Foreign Fighters“ sollen an der EU-Außengrenze gestoppt werden

Neue Vorschriften verpflichten die Mitgliedstaaten, systematische Personenkontrollen und Datenbankabgleichungen bei Einreise in die – sowie Ausreise aus der – EU durchzuführen. Die entsprechende Entschließung wurde mit 469 Stimmen in der Plenarsitzung letzte Woche in Straßburg angenommen.

Mit der Sicherung der EU-Außengrenzen soll ein starker Schutz gegen den Terrorismus in Europa aufgebaut werden. „Es geht darum, das Recht auf Leben zu schützen, die Grundlage aller Rechte“, so die Berichterstatterin Monica Macovei. Der Vorschlag, im Dezember 2015 von der EU-Kommission vorgelegt, würde den Schengener Grenzkodex abändern. Damit würden systematische Abgleichungen aller Personen,

die die Außengrenzen der EU überschreiten, mit Datenbanken für gestohlene und verlorene Reisedokumente, mit dem Schengener Informationssystem oder anderen Datenbanken für die Mitgliedstaaten verpflichtend. Die Kontrollen müssen an allen Luft-, See- und Landesgrenzen bei der Ein- wie bei der Ausreise durchgeführt werden.

[Mehr Informationen](#)

Vorlagen zur Zukunft der EU

Das Europäische Parlament hat drei Entschließungen zur Zukunft der EU verabschiedet. Behandelt werden darin Verbesserungsmöglichkeiten zu der Funktionsweise der Verträge, der Entscheidungsmechanismen der EU sowie der Haushaltskapazität der Eurozone.

Angesichts der „Polykrise“ in Europa, von der Kommissionspräsident Juncker spricht, soll durch die Vorschläge das Potenzial des Vertrags von Lissabon voll ausgeschöpft werden und diesbezügliche Schritte zu einer fundamentalen Reform der Funktionsweise der EU unternommen werden. Empfohlen wird u.a., dass der Rat vollständig zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit übergeht, wo immer dies vertragsgemäß möglich ist. Wichtige Gesetze sollen hierdurch nicht blockiert und der Gesetzgebungsprozess beschleunigt werden. Unter den Forderungen findet sich auch die Einführung eines EU-

Finanzministers. Zugleich soll die EU-Kommission in die Lage versetzt werden eine gemeinsame EU-Wirtschaftspolitik zu konzipieren und umzusetzen, die von einer Haushaltskapazität des gesamten Euro-Währungsgebiets gestützt wird. Die Vorschläge werden bei den 60-Jahrfeierlichkeiten der Römischen Verträge im März Gegenstand der Diskussion über die Zukunft der EU sein.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Beratungen über Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit

Schwerpunkte des Treffens zwischen den MinisterInnen waren u.a. immaterielle Investitionen und das Vergabesystem öffentlicher Aufträge.

Bei der Diskussion um die Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit wurden v.a. immaterielle Investitionen (wie Qualifizierung, Software, Design und geistiges Eigentum) in EU-Unternehmen behandelt. Diese Vermögenswerte sind eine wertvolle Quelle für Innovationen und Produktivitätssteigerungen in Unternehmen. Die MinisterInnen befassten sich auch mit der Frage, wie die praktische Durchführung der Vergabe öffentlicher Aufträge im Kontext des Europäischen Semesters 2017 verbessert werden kann. Sie betonten dabei vor allem, dass es notwendig sei, die Vergabe öffentlicher Aufträge effizienter zu gestalten,

die Qualität der Ausgaben zu verbessern und die öffentliche Verwaltung zu modernisieren. Des Weiteren konnte sich der Rat auf Regeln zur Verstärkung der Zusammenarbeit beim Verbraucherschutz im Binnenmarkt einigen. Diese Bemühungen werden im Zusammenhang mit den Herausforderungen der digitalen Wirtschaft und der Entwicklung des grenzüberschreitenden Einkaufs in der EU gesehen. Zudem wurden Maßnahmen zur Förderung des Wachstums von Start-Ups erörtert. Diese sollen ihre Chancen am Markt besser nutzen und ihre Geschäfte im Binnenmarkt vorantreiben können.

[Mehr Informationen](#)

Finanzminister geben grünes Licht für Regeln gegen Steuerumgehung

Die EU-Finanzminister haben sich am Dienstag in Brüssel auf neue Regeln zur Vermeidung von Steuerumgehung durch Nicht-EU-Staaten geeinigt.

Diese sollen verhindern, dass Unterschiede zwischen zwei oder mehreren Steuerhoheitsgebieten ausgenutzt werden, um die Gesamtsteuerpflicht zu verringern (sogenannte „hybride Gestaltungen“). Der Rat wird die Richtlinie formal annehmen, sobald das Europäische Parlament seine Stellungnahme abgegeben

hat. Die Mitgliedstaaten müssen diese dann - abgesehen von einer spezifischen Regelung - bis zum 1. Januar 2020 in innerstaatliche Rechtsvorschriften umsetzen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Diskussion über „Zukunft der Regionalpolitik“ mit Kommissarin Cretu

Am Montag fand in Brüssel eine Diskussion mit Corina Cretu, Kommissarin für Regionalpolitik, über die „Zukunft der Regionalpolitik über 2020 hinaus“ statt.

In ihrem Eingangsreferat betonte die Kommissarin die Bedeutung regionalpolitischer Maßnahmen für die Zukunft des gesamten europäischen Raums. Durch die Zusammenführung europäischer Ressourcen (Know-how, Finanzen etc.) könnten einzigartige Projekte begleitet und realisiert werden. Auf noch bestehende regionale Disparitäten müsse mittels intensiviertem Dialog zwischen allen Beteiligten (Ausschuss der Regionen, nationale und lokale Vertreter u.a.) Lösungen gefunden werden. Stilbildend können dazu gelungene Projekte wie in der Region Lappland sein, wo etwa in Folge des Internetausbaus die vormalige lange Anreise zu einem Arzt ausbleiben und ein

Gespräch nun bequem von zuhause aus unternommen werden kann. Zudem gelte es sich ins Bewusstsein zu rufen, dass Europa nicht nur aus Städten bestehe und die infrastrukturelle Erschließung von ländlichen Gebieten deshalb noch forciert werden müsse. Ansonsten werde das bereits vorhandene Phänomen der Landflucht weiter um sich greifen, so Cretu. Die dafür vorgesehenen europäischen Strukturfonds sollten in den Finanzplanungen von Mitgliedsstaaten vermehrt Verwendung finden. Es gelte dabei auch Wirtschaftssektoren abseits des expliziten Infrastrukturbereichs, wie Forschung und KMUs, zu berücksichtigen. Hier liege noch ungemein viel Potenzial brach.

Rede von Kommissionspräsident Juncker beim European Dinner der Münchener Sicherheitskonferenz

Europa müsse seinen zugesagten Militärausgaben nachkommen, wenn es sichergehen wolle, dass die USA gleichbleibende Unterstützung lieferten, warnte kürzlich US-Verteidigungsminister Jim Mattis. Kommissionspräsident Juncker kann dieser Einschätzung wenig abgewinnen und sieht das Engagement der EU-Staaten auch außerhalb klassischer Sicherheitspolitik.

Der relativ geringe finanzielle Beitrag der EU-Länder zur NATO wurde von US-Präsident Trump bereits mehrfach kritisiert. Die vereinbarten zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung werden nicht erbracht, während die USA 70 Prozent der Gelder des Verteidigungsbündnisses bereitstellen. Dagegen will Kommissionspräsident Juncker das

Konzept der Sicherheit nicht allein auf das Militär begrenzt sehen. „Wenn man zusammenrechnet, was Europäer tun im Verteidigungsbereich plus im Bereich der Entwicklungspolitik [...] plus in Sachen humanitäre Hilfe, dann sieht das Vergleichsbild mit den USA schon wesentlich anders aus.“ Gleichwohl müssten die Europäer



ihre Verteidigungsausgaben „besser bündeln und das Geld effizienter nutzen“. Dies würde zu einer „modernen Stabilitätspolitik“ beitragen.

[Mehr Informationen](#)

Sonstiges

Mehrheit der jungen ÖsterreicherInnen fühlt sich als Europäer

Obwohl Österreich erst seit 1. Jänner 1995 EU-Mitglied ist, ist hier die Einstellung zu Europa bei aller Kritik sehr positiv. Mehr noch, Europa wird von einer beachtlichen Mehrheit bereits als Heimat gesehen.

Laut jüngsten Erhebungen des Eurobarometers fühlen sich zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher als EU-Bürger. Bei den 15 bis 24-Jährigen sind es sogar 77 Prozent. Die Ergebnisse wurden von der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien vorgestellt. Die EU wird seitens der ÖsterreicherInnen vorwiegend in den Bereichen Migration, Sicherheit, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Union Lösungskompetenz zuerkannt. „Einwanderung“ und „Arbeitslosigkeit“ werden dabei als dringlichste Probleme genannt.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Neue Zweifel an der deutschen Pkw-Maut

Der Wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestages sieht im aktuellen Gesetzentwurf zur Maut „eine mittelbare Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit“ zulasten ausländischer Autofahrer. Verkehrsminister Dobrindt widerspricht und versichert, dass die Maut kommt.

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hatte sich im Auftrag des Grünen-Politikers Oliver Krischer mit der Maut befasst. Die Europarechtsexperten prüften dabei die Neufassung des Vorhabens, die auf einer Einigung Dobrindts und der EU-Kommission nach monatelangem Streit beruht und Ende Jänner vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Der verkehrspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ulrich Lange (CSU), bezeichnete das Gutachten als „eine Rechtsauffassung von vielen“. Entscheidend sei die Auffassung der EU-Kommission. Diese habe der Pkw-Maut „das juristische Gütesiegel“ gegeben.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

Konsultation s (43)

STATUS DER KONSULTATION: OFFEN

Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung der Fazilität „Connecting Europe“

Schwerpunkte Verkehr, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Umwelt, Energie, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Bank- und Finanzwesen, Klimaschutz, Binnenmarkt, Unternehmen und Industrie, Regional policy

Konsultationszeitraum 28 November 2016 - 27 Februar 2017

Öffentliche Konsultation zur Umsetzung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits

Schwerpunkte Handel

Konsultationszeitraum 8 Dezember 2016 - 3 März 2017

Öffentliche Konsultation zum Funktionieren der gegenseitigen Amtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Steuern

Schwerpunkte Steuern, Zoll

Konsultationszeitraum 30 November 2016 - 8 März 2017

Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

Schwerpunkte Handel

Konsultationszeitraum 21 Dezember 2016 - 15 März 2017

Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt

Schwerpunkte Verkehr

Konsultationszeitraum 14 Dezember 2016 - 15 März 2017

Public consultation on the capital markets union mid-term review 2017

Schwerpunkte Bank- und Finanzwesen

Konsultationszeitraum 20 Januar 2017 - 17 März 2017

Halbzeitbewertung der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 über Ausgaben im Bereich Lebens- und Futtermittel

Schwerpunkte Lebensmittelsicherheit, Öffentliches Beschaffungswesen

Konsultationszeitraum 16 Dezember 2016 - 17 März 2017

Konsultation zur Reform der Mehrwertsteuersätze (Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Regeln für die Anwendung der Mehrwertsteuersätze)

Schwerpunkte Zoll, Steuern

Konsultationszeitraum 20 Dezember 2016 - 20 März 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Industrie und KMU			
Innovation, Meeresressourcen, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Ernährung, Forschung, Umwelt, Nanotechnologie, Gesundheit, Biotechnologie, Verkehr, ICT, Bildung, Infrastrukturen	HORIZON 2020 DEDICATED SME INSTRUMENT 2016-2017	15/02/2017 - 03/05/2017 - 06/09/2017 - 08/11/2017 - 18/01/2017 - 06/04/2017 - 01/06/2017 - 18/10/2017	€ 682.121.702
Innovation, Plattformen, Cluster	INNOSUP: FOR A BETTER INNOVATION SUPPORT TO SMES	08/03/2017 - 18/10/2017 - 04/04/2017 - 07/09/2017- 28/03/2017	€ 33.600.000
Kreislaufwirtschaft, Wasser, Intelligente Spezialisierung, organische Abfälle	SPIRE: INDUSTRY 2020 IN THE CIRCULAR ECONOMY	19/01/2017 - 07/03/2017 - 05/09/2017 - 27/10/2016 - 04/05/2017	€ 365.500.000
Öffentliche Verwaltung, Zusammenarbeit	CO-CREATION FOR GROWTH AND INCLUSION	02/02/2017	€ 9.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Franz-Josef Hausberger, BA

Abbildungsverzeichnis

<https://tvnewsroom.consilium.europa.eu/event/eu-us-3ca4/president-tusk-meets-mike-pence-vice-president-of-the-usa--20-02-17#/gallery/0>

http://www.nato.int/cps/en/natohq/news_141635.htm